

Friedensnobelpreis für einen temporären Vermittlungserfolg in Tunesien

Dihstelhoff, Julius; Sold, Katrin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dihstelhoff, J., & Sold, K. (2015). *Friedensnobelpreis für einen temporären Vermittlungserfolg in Tunesien*. (DGAP-Standpunkt, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53182-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Friedensnobelpreis für einen temporären Vermittlungserfolg in Tunesien

von Julius Dihstelhoff und Katrin Sold

Der Friedensnobelpreis 2015 für das tunesische Quartett für den nationalen Dialog zeichnet eine Momentkoalition zivilgesellschaftlicher Institutionen aus, die mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Januar 2014 ein wichtiges Etappenziel im tunesischen Transformationsprozess ermöglichte. Doch funktionieren konnte sie nur vor dem Hintergrund der Entwicklungen des Jahres 2013 und dank der Konsensorientierung zahlreicher weiterer Akteure.

Die Auszeichnung für das tunesische Dialog-Quartett gibt Anlass, die Gründe und Bedingungen seines Erfolgs genauer zu betrachten. Das Quartett, das aus dem tunesischen Gewerkschaftsverband (UGTT), dem Arbeitgeberverband (UTICA), der Menschenrechtsliga (LTDH) und der Rechtsanwaltsvereinigung besteht, wurde dafür ausgezeichnet, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer pluralistischen Demokratie in Tunesien geleistet zu haben. Trotz enormer Herausforderungen, so die Begründung des Nobelkomitees, habe das Quartett eine „Grundlage für eine nationale Brüderlichkeit“ geschaffen. Der Rückblick auf die Entwicklung seit dem Jahr 2011 zeigt, dass vielfältige Faktoren und weitere Akteure die Arbeit der Koalition beeinflusst und letztendlich ihren Erfolg erst ermöglicht haben.

Die politische Krise im Jahr 2013

Nach der Revolution im Jahr 2011 und dem Beginn eines demokratischen Transformationsprozesses steckte Tunesien im Jahr 2013 in einer tiefen politischen Krise. Der langwierige Verfassungsprozess stagnierte. In der Bevölkerung stieg die Ernüchterung über die Revolution. Gleichzeitig wuchsen die Spannungen zwischen laizistischen und islamistischen Kräften. Im Frühjahr und Sommer 2013 eskalierte die politische Krise infolge der Ermordung zweier oppositioneller tunesischer Politiker:

Der Mord an Chokri Belaid im Februar 2013 löste den Rücktritt der Regierung unter Premierminister Hamadi Jebali aus. Nach dem Mord an Mohamed Brahmi im Juli 2013 verließ die laizistische Opposition einschließlich der Regierungspartei Ettakatol die Verfassungsgebende Versammlung. Damit wurde die Arbeit an der Verfassung unterbrochen. Die Polarisierung zwischen Laizisten und der regierenden islamistischen Ennahda wurden durch die Entwicklung in Ägypten weiter verschärft: Im zweiten Land des „Arabischen Frühlings“ hatte soeben die Armee nach einem Coup d’État gegen den gewählten islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi die Macht übernommen. Aus Sorge vor einer Konterrevolution ähnlich der Entwicklung in Ägypten plädierte Ennahda dafür, die Arbeit an der Verfassung fortzuführen. Die linke Opposition hingegen forderte den Rücktritt der Regierung und eine Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung. Darin unterstützte sie der tunesische Gewerkschaftsverband UGTT, die größte zivilgesellschaftliche Massenorganisation Tunesiens. Dessen Mitgliederbasis verweigerte jedoch ihrer Führung die Gefolgschaft und erreichte damit, dass der Verband den Verfassungsprozess letztendlich wieder unterstützte.

In dieser politischen Krisensituation fand am 14. August 2013 in Paris ein geheimes Treffen der Führer von Ennahda und des Oppositionsbündnisses Nida Tounes statt. Diese Zusammenkunft ebnete den Weg für das Dialog-Quartett. Die Parteichefs Rachid Ghannouchi und Béji Caïd Essebsi berieten in einem Pariser Hotel über mögliche Wege aus der Krise. Dabei einigten sich die Verhandlungsparteien auf eine sogenannte Road-Map, die den Abschluss des Verfassungsprozesses und die anschließende Organisation freier und fairer Wahlen sicherstellen sollte. Zudem legte das Treffen den Grundstein für einen Dialogprozess zwischen politischen Kräften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, in dem die UGTT die Moderationsrolle übernahm. Anders als in Ägypten, wo der Militärapparat alle politischen Entscheidungen dominierte, hatten zivilgesellschaftliche Organisationen in Tunesien stets einen gewissen Handlungsspielraum gehabt und auch unter dem autoritären Regime immer wieder eine Vermittlerrolle zwischen Staatsführung und Gesellschaft erfüllt.

Die Rolle des Dialog-Quartetts

Der Gewerkschaftsbund ergriff im Jahr 2013 die Initiative zur Bildung des Dialog-Quartetts, das im Anschluss die Aushandlung einer konsensorientierten Road-Map zwischen den politischen Kontrahenten begleitete. Sie wurde schließlich am 17. September 2013 vereinbart. Dieser Fahrplan sah neben der baldigen Verabschiedung der Verfassung die Bildung einer Wahlkommission und anschließende Neuwahlen vor. Zudem vereinbarte das Quartett den Rücktritt der gesamten Regierung nach Ende der Verfassungsdiskussion. Das Regierungsgeschäft sollte ein neues Team um parteilose Minister und einen Ministerpräsidenten mit möglichst großer politischer Neutralität übernehmen.

Die Aufgabe des Quartetts bestand somit darin, die Entwicklung und Umsetzung der Road-Map zu begleiten und zu überwachen. Diese Arbeit war für den strahlenden tunesischen Demokratisierungsprozess zu diesem Zeitpunkt von entscheidender Bedeutung. Die vier beteiligten Institutionen fungierten als überparteiliche Instanz, die für die nationale Einheit angesichts der zu bewältigenden Herausforderungen stand. Zugleich repräsentierten die Einzelorganisationen zentrale Werte und Erwartungen, die an die demokratische Transformation gerichtet wurden: die Orientierung an Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Einbindung unterschiedlicher, gar konträrer Positionen.

Letzteres symbolisierte beispielsweise die Beteiligung des Arbeitgeberverbandes und des Gewerkschaftsbunds im Dialog-Quartett.

Diese normative Zuschreibung und der hohe Symbolgehalt des Quartetts trugen angesichts der Krisensituation des Jahres 2013 zur Entspannung der Lage bei. Eine genauere Analyse offenbart jedoch, dass das pluralistische und demokratische Bild der vier Organisationen nur zum Teil der Realität entsprach. Erstens stärkte das Quartett indirekt die laizistische Opposition. Trotz des Anspruchs der Überparteilichkeit waren in drei der vier beteiligten Organisationen – der Menschenrechtsliga, der UGTT sowie der Rechtsanwaltsvereinigung – oppositionsnahe Persönlichkeiten in den Führungsstrukturen dominierend. Dies ist darauf zurückzuführen, dass während der Regierungszeit Ben Alis Repräsentanten anderer Oppositionsgruppen, zum Beispiel Mitglieder islamistischer Bewegungen, aus der Führungsebene der geduldeten zivilgesellschaftlichen Organisationen entfernt worden waren. Zudem wurden weitere einflussreiche Akteure nicht an der Dialog-Koalition beteiligt: Die UGTT lehnte beispielsweise ein Kooperationsangebot des Landwirtschaftsverbands UTAP ab, der mit circa 300 000 Mitgliedern nach der UGTT die zweitgrößte Massenorganisation Tunesiens ist. Auch dabei dürfte die Nähe des Landwirtschaftsverbands zur Ennahda-Partei eine Rolle gespielt haben, stellt diese doch eine Mehrheit seiner Vorstandsmitglieder. Zweitens verfügen nicht alle der beteiligten Quartett-Institutionen über interne demokratische Strukturen – so führen weder die UGTT noch UTICA systematisch interne Wahlen zur Besetzung von Leitungspositionen durch. Beide Aspekte werfen einen Schatten auf die Dialog-Gruppe als Garant eines überparteilichen Demokratisierungsprozesses.

Nichtsdestotrotz gelang es dem Quartett, die Erwartungen zu erfüllen und einen Abschluss des Verfassungsprozesses zu ermöglichen. Dies lag sicherlich zum einen daran, dass Beobachter und Bevölkerung bereit waren, angesichts des hohen Symbolgehalts und zugunsten des übergeordneten politischen Ziels über einige Schwächen und Widersprüche der Gruppe hinwegzusehen. Entscheidend für den Erfolg des Quartetts war jedoch vor allem seine Einbettung in ein Netzwerk von Akteuren, die seine Entstehung zunächst überhaupt ermöglichten. Dieses Netzwerk vermochte in seiner Vielfalt die erwähnten Defizite des Quartetts aufzufangen. So war die regierende Ennahda bereit zu Kompromissen und Zugeständnissen bis hin zum freiwilligen Rücktritt der Übergangsregierung von Ali Larayedh zugunsten einer

Technokratenregierung – ohne die das Quartett nicht hätte gebildet werden können. Zum anderen muss die tunesische Zivilgesellschaft Erwähnung finden, die den Verfassungsprozess – auf der Straße und in sozialen Medien – aktiv begleitete und durch ihre eigene Vielfältigkeit Defizite in der Repräsentativität des Quartetts kompensierte. Und nicht zuletzt trug die Offenheit internationaler Akteure zum Erfolg der Gruppe bei, denn die ausländischen Partner ließen sich auf das unkonventionelle tunesische Modell ein. So traf der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle im Rahmen seines Tunesienbesuchs im August 2013 nicht nur Interimspräsident Moncef Marzouki und Übergangspräsident Ali Larayedh, sondern auch Vertreter der UGTT und des Dialog-Quartetts. Damit zollte er dieser zivilgesellschaftlichen Koalition politischen Respekt und trug so ebenfalls zur Stärkung ihrer Position in der Gesellschaft und im Transformationsprozess bei.

Fazit

Betrachtet man die Bilanz der Aktivitäten des Dialog-Quartetts, ist seine Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis gerechtfertigt. Es handelte sich bei der Gruppe um eine bemerkenswerte zivilgesellschaftliche Momentkoalition, die einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses in Tunesien geleistet hat. Mit der erfolgreichen Verhandlung der Road-Map und der Überwachung ihrer Umsetzung hat das Quartett

den Abschluss des Verfassungsprozesses ermöglicht und damit den Weg für die Neubegründung des politischen Systems Tunesiens geebnet. Der Preis würdigt dabei jedoch vor allem einen temporären Vermittlungserfolg, der nicht isoliert betrachtet werden darf. Er konnte nur in der spezifischen Situation des Jahres 2013 und dank der Kompromissbereitschaft und Wachsamkeit zahlreicher weiterer Akteure erreicht werden. Diese müssen daher in die Würdigung miteinbezogen werden. Zudem zeigt die Entwicklung in Tunesien seit dem Jahr 2013, dass der Demokratisierungsprozess noch lange nicht abgeschlossen ist. Nach einer Phase des Ringens um die Ausgestaltung des neuen politischen Systems stehen nun soziale und ökonomische Fragen im Zentrum der Debatten. Nicht selten vertreten dabei die ehemaligen Koalitionäre konträre Positionen. Auch weiterhin werden daher die Aufmerksamkeit und die Kompromissbereitschaft aller am politischen Prozess beteiligten Kräfte vonnöten sein, um die tunesische Demokratisierung zu einem nachhaltigen Erfolg zu führen.

Julius Dihstelhoff ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg.

Katrin Sold ist Associate Fellow der DGAP und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am CNMS.

